

Stand: 06.06.2026 19:18:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16776

"Klarheit schaffen, Freistaat muss in der Verantwortung bleiben! - Unterbringung anerkannter Flüchtlinge nicht einfach auf Kommunen abwälzen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16776 vom 09.05.2017
2. Beschluss des Plenums 17/16894 vom 10.05.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 103 vom 10.05.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Klarheit schaffen, Freistaat muss in der Verantwortung bleiben! – Unterbringung anerkannter Flüchtlinge nicht einfach auf Kommunen abwälzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für die spätestens ab dem 1. Januar 2014 nach Bayern gekommenen und in der Folge anerkannten Asylsuchenden weiterhin die Verantwortung zu übernehmen. Sie hat dafür Sorge zu tragen, dass die sog. Fehlbeleger und ihre Familien nicht in Obdachlosigkeit geraten und die Unterbringung der Menschen – auf einem angespannten Wohnungsmarkt – nicht ausschließlich zulasten der Kommunen geht.

Begründung:

Der Freistaat Bayern ist für die Versorgung und Unterbringung der Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Flüchtlinge zuständig. Mit positivem Abschluss des Asylverfahrens sind diese Menschen und ggf. ihre Familien berechtigt, länger oder dauerhaft in Bayern zu bleiben (sog. Anerkannte). Gleichzeitig sind sie dann auch nicht mehr leistungsberechtigt im Sinne des Asylbewerberleistungsgesetzes und angehalten, auf dem freien Wohnungsmarkt eine Unterkunft zu finden. Günstiger Wohnraum ist rar, sodass es sich für die betroffenen Personen sehr schwierig gestaltet, eine Wohnung zu finden. Daher wohnen Tausende anerkannte Flüchtlinge derzeit als sogenannte Fehlbeleger weiterhin in Gemeinschaftsunterkünften oder dezentralen Unterkünften, die von den Regierungen und Kreisverwaltungen betrieben werden, d.h. sie ziehen nach ihrer Anerkennung nicht aus.

Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und den damit verbundenen Notsituationen wurde vonseiten der Staatsregierung zugestanden, dass „Anerkannte“ in den Gemeinden vorübergehend in den staatlichen Asylunterkünften verbleiben können, wenn sie trotz eigenständiger Bemühungen nicht im unmittelbaren Anschluss an die Anerkennung anderweitig ausreichend Wohnraum finden. Aktuell sind ein Viertel aller in Bayern untergebrachten Personen in Asylunterkünften sog. Fehlbeleger. In den letzten Jahren, seit Anfang des Jahres 2014 bis Ende des Jahres 2017, werden schätzungsweise 70.000 Menschen zu dieser Gruppe gehören und auf den angespannten Wohnungsmarkt in Bayern drängen.

Die Staatsregierung versucht, sich aktuell ihrer Verantwortung für diese Menschen zu entledigen, indem sie jetzt nichts mehr von dieser Handhabung wissen will. Es werden Maßnahmen geplant, die ausschließlich zulasten der Kommunen gehen und die vollständige Verantwortung für die Menschen mit Bleiberecht, aber ohne Wohnung, an diese abgibt. So soll mit Auslauf des Mietvertrags für die jeweilige Unterkunft grundsätzlich auch die Möglichkeit des vorübergehenden Verbleibens enden, wodurch die ohnehin angespannte Wohnungssituation unzumutbare Ausmaße annehmen wird. Denn zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Mietpreise, die der Freistaat Bayern bisher gezahlt hat, um die Asylbewerberinnen und -bewerber unterzubringen, bisweilen deutlich überhöht angesetzt waren. Wenn die Kommunen auf diesem Niveau nunmehr bleiben müssen, verzerren sie die Mietpreise vor Ort weiter deutlich nach oben. Gleichzeitig sollen die Kommunen auf eigene Kosten zusätzlichen Wohnraum schaffen, durch Übernahme der Mietverhältnisse, Neubau und Umbau entsprechender Immobilien. Hier besteht dringender Handlungsbedarf zur Findung gerechter Lösungen. Die Kommunen dürfen nicht das letzte Glied in der Kette sein und mit einer Verschärfung des Wohnungsmangels und gleichzeitiger Obdachlosigkeit anerkannter Flüchtlinge allein gelassen werden.

Mehrfach hat das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration sich in den letzten Jahren hier zu seiner Verantwortung bekannt, siehe z.B. Anfrage zum Plenum vom 18. Februar 2016, (Drs. 17/10125). Hier wurde betont, dass die sogenannten Fehlbeleger „nicht auf die Straße gesetzt“, sondern vorübergehend weiterhin untergebracht werden. Staatsministerin Emilia Müller hat im Rahmen der Informationen zu Bayerns Asylpolitik – Stand September 2015 – den Kommunen versprochen: „Bayern lässt seine Kommunen nicht allein. (...) Zudem entlas-

ten wir die Kommunen bei den Kosten für Fehlbeleger.“ Indem kurzfristig also mit einer steigenden Zahl an „Fehlbelegern“ zu rechnen ist, die auf dem freien Wohnungsmarkt eine Unterkunft suchen müssen, damit ihnen keine Obdachlosigkeit droht, werden die

Kommunen mit einem klaren Wortbruch der Staatsregierung konfrontiert und in eine Verantwortung gezwungen, die der Freistaat Bayern und der Bund zu tragen haben.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/16776

**Klarheit schaffen, Freistaat muss in der Verantwortung bleiben! –
Unterbringung anerkannter Flüchtlinge nicht einfach auf Kom-
munen abwälzen!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Angelika Weikert

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Christine Kamm

Abg. Kerstin Schreyer

Staatsministerin Emilia Müller

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Klarheit schaffen, Freistaat muss in der Verantwortung bleiben! - Unterbringung
anerkannter Flüchtlinge nicht einfach auf Kommunen abwälzen! (Drs. 17/16776)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika
Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)**

**Kommunen nicht alleine lassen - tragfähige und faire Lösung für sogenannte
Fehlbeleger finden! (Drs. 17/16796)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Unterbringung anerkannter Flüchtlinge: Verantwortung wahrnehmen!
(Drs. 17/16797)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Hanisch. Bitte schön.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein altes bayerisches Sprichwort sagt: Den Letzten beißen die Hunde. Genau diese Angst haben derzeit viele Kommunalpolitiker und viele Bürgermeister, wenn es um die Unterbringung anerkannter Asylbewerber geht. Meine Damen und Herren, dabei schien dieses Problem bereits gelöst. In einem Gewaltakt sondergleichen – das muss man lobend erwähnen – haben der Staat, die Kommunen und die Bürger draußen mitgeholfen, dass das Problem Flüchtlinge, das sicherlich ein sehr akutes und ein sehr großes Problem war, vernünftig gelöst werden konnte. Die Kommunen haben auch nie gefragt: "Sind wir zuständig?", sondern sie haben erkannt,

dass geholfen werden muss, dass etwas getan werden muss. In einem Gewaltakt, bei dem alle zusammengearbeitet haben, ist dieses Problem bis heute einigermaßen vernünftig gelöst worden.

Nun gibt es das Problem: Wer ist zuständig, wenn diese Flüchtlinge jetzt plötzlich anerkannt sind und nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden, sondern auf dem freien Markt untergebracht werden müssten? Da schwebte über den Kommunen immer noch das Damoklesschwert des Obdachlosengesetzes. Dann gab es aber dankenswerterweise ein Schreiben des Innenministeriums, das klargestellt hat, dass diese anerkannten Flüchtlinge nicht so behandelt werden, als würden sie unter das Obdachlosengesetz fallen. Auch das Sozialministerium hat klar zu erkennen gegeben: Diese Leute werden nicht auf den Wohnungsmarkt losgelassen, sondern diese Leute werden in ihren Unterkünften zumindest vorübergehend verbleiben können.

Meine Damen und Herren, welches Problem haben wir jetzt? Die kommunalen Spitzenverbände haben sich mit dem Ministerium zusammengesetzt, und das Ministerium hat ganz klar gesagt, dass es davon ausgeht, dass diese anerkannten Asylbewerber nicht auf Dauer in diesen Gemeinschaftsunterkünften bleiben können, sondern dass die Kommunen mehr oder weniger verpflichtet sind, diese Leute aufzunehmen. Wir sprechen hier nicht von ein paar Leuten, die aufgenommen werden sollen. Fachleute gehen davon aus, dass es Ende des Jahres etwa 70.000 Menschen allein in Bayern sein werden, die plötzlich von den Kommunen auf dem Wohnungsmarkt untergebracht werden müssten. Ich glaube, das ist angesichts des angespannten Wohnungsmarktes, den wir in Bayern weitestgehend haben, ein schier nicht lösbares Problem.

Wir FREIE WÄHLER haben dabei zwei Probleme. Wir haben zum einen die Situation, dass etwa zwei Drittel der Gemeinden Bayerns bereit waren, Asylbewerber aufzunehmen. Es gab Gemeinden, die gesagt haben: Nur her damit; ich werde helfen, und ich bringe diese Leute auch unter. Es gab auch Kommunen, die gesagt haben: Nein, Asylbewerber bei mir nicht.

Die Zahlen, die im Raum schweben, sind: Gut 30 %, also ein Drittel, der Kommunen Bayerns haben gesagt: Wir nehmen keine Asylbewerber auf. Dort gibt es auch keine Asylbewerber. Jetzt taucht das Problem auf, dass die Kommunen, die bisher diese Leute bereitwillig aufgenommen und untergebracht haben, plötzlich diejenigen sind, die bestraft werden, weil sie jetzt für diese Leute Wohnungen suchen müssen, während die anderen Gemeinden, die bisher keine Flüchtlinge aufgenommen haben, dieses Problem nicht haben. Meine Damen und Herren, das wollen wir in dieser Form nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ein zweites Problem steht im Raum, das nicht zur Verbesserung der Situation beiträgt. Angesichts der Flüchtlingsmassen, die wir in Bayern haben, ist es verständlich, dass das Ministerium am freien Wohnungsmarkt nicht jede Menge Wohnungen unter dem Mietpreis oder zum ortsüblichen Mietpreis angeboten bekommen hat, sondern dass, je nach Kommune unterschiedlich, deutlich höhere Mietpreise zu bezahlen waren. Wenn die Kommunen jetzt diese Wohnungen übernehmen sollten oder sie oder aber auch die Asylbewerber direkt in diese Mietverträge einsteigen sollten, dann liegen die Quadratmeterpreise eben über dem Mietspiegel des jeweiligen Ortes, was zusätzlich belastet. Das ist etwas, das auch sehr schwer zu "handlen" sein wird.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, da sind einige Problemchen dabei. Wir haben große Probleme damit, die Kommunen jetzt weitestgehend allein zu lassen. Wir meinen, der Staat darf sich nicht der Verantwortung entziehen. Wir können die volle Zuständigkeit für die Wohnungen nicht auf die Kommunen abwälzen. Das lehnen wir ganz entschieden ab, selbst wenn dies mit einer Übergangsphase langsam vor sich geht. Das kann nicht der Weg sein.

Wir sind der Auffassung, dass wir vernünftige Lösungen finden müssen. Alle drei vorliegenden Anträge gehen in die gleiche Richtung. Insofern handelt es sich um etwas,

das von denjenigen, die aus der Praxis kommen und die in den Kommunen daheim sind, auch als Problem erkannt wird.

Wir haben in dieser Situation auch Lösungsmöglichkeiten. Wir haben Kommunen, in denen es Wohnraumbörsen gibt – siehe Passau. Das ist ein Modell, das die Kommunen sicherlich in Angriff nehmen könnten. Wir haben auch jetzt schon Integrationslotsen. Der Freistaat Bayern ist ja auch bereit, solche Integrationslotsen in die Welt zu setzen. Wir brauchen aber trotzdem für die Renovierung leerstehender Wohnungen Renovierungs- und Sanierungsprogramme, damit das schnell über die Bühne gehen kann und Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können. Soweit die Kommunen gezwungen sind, Wohnungen neu zu bauen, brauchen wir für den Neubau von Wohnungen bessere Förderungsmöglichkeiten.

Wir sind nicht der Auffassung, dass ein Fehlbeleger automatisch Obdachloser wird. Da können wir nicht mitgehen. Diese Gesetzesauslegung teilen wir in dieser Form nicht. Das wäre zu einfach.

Das Asylproblem war noch nie ein Problem der Kommunen. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und als solches auch erkannt und gelöst worden. Wenn es jetzt darum geht, anerkannte Asylbewerber unterzubringen, kann dies nicht plötzlich ein Problem allein der Kommunen werden. Das können wir nicht mittragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Viele Kommunen sind jetzt schon am Ende ihrer Möglichkeiten, weil die finanzielle Ausstattung der Kommunen in Bayern nicht überall gleich ist und manche Kommune große Probleme hat, ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir meinen, die Verantwortung muss grundsätzlich beim Staat bleiben. Die Kommunen werden mithelfen, so wie sie das auch bisher getan haben. Deshalb bitten wir den Staat, das Ministerium, sich noch einmal mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammzusetzen, die jetzt die Entwürfe und die groben Vorstellungen des Ministeriums vorliegen haben und sich dazu äußern werden, und auf der Basis zu verhandeln, dass die Verantwortung generell

beim Staat bleibt. Die Kommunen werden mithelfen. Das haben sie gezeigt, und das werden sie auch in dieser Situation zeigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):
Bravo!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Hanisch. – Für die SPD-Fraktion darf ich Kollegin Weikert das Wort erteilen. Bitte sehr.

Angelika Weikert (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der Unterbringung anerkannter Flüchtlinge haben wir von der SPD, aber auch die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN, mit Dringlichkeitsanträgen belegt. Dieses Thema ist kein Thema, das den Freistaat Bayern plötzlich und unvorhergesehen überrascht. Es ist ein Thema, das sich bereits in den Jahren 2012/2013, als die Flüchtlingszahlen noch nicht so hoch waren wie in den Jahren 2015/2016, angekündigt hat. Wir haben lange Zeit – ich kann mich noch gut daran erinnern – beklagt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu langsam arbeitet. Auch die FREIEN WÄHLER haben immer moniert, dass hier viel zu wenig vorangeht. Jetzt geht es schneller voran. Die Folge davon ist, dass mehr Anerkennungen ausgesprochen werden. Folglich gelangen auch mehr Menschen, die bei uns in Bayern Schutz und Hilfe gesucht haben, vom Status des Flüchtlings in den Status der Anerkennung. Damit haben diese Menschen Anspruch auf Integrationsmaßnahmen des Freistaats Bayern und der Bundesrepublik Deutschland. Das ist der Hintergrund dieses Themas, den wohl keiner bestreiten wird.

Wenn wir jetzt über Integration reden, dann heißen die drei wichtigsten Themen in dieser Reihenfolge: Bildung, Arbeit und Wohnen. Diese Themen müssen bei der Integration zuallererst angegangen werden: Bildung, Arbeit und Wohnen. "Wohnen" kommt ein bisschen später, aber es kommt, und es ist nicht plötzlich über uns hereingebrochen.

Kolleginnen und Kollegen, ebenfalls unstrittig ist, dass besonders in den bayerischen Ballungszentren viel zu wenig bezahlbarer Wohnraum – ich sage ganz bewusst "be-

zahlbar" – existiert. Frau Staatsministerin Müller, gerade auch von Ihnen wurde immer wieder deutlich gemacht, dass sowohl die Unterbringung von Asylbewerbern als auch die daran anschließenden Integrationsmaßnahmen gesamtgesellschaftliche Aufgaben darstellen.

Herr Kollege Hanisch, ich gebe Ihnen hier völlig recht. Sie haben das mehrmals betont. Ich möchte das auch für die SPD nochmals deutlich zum Ausdruck bringen.

Frau Staatsministerin, deshalb kann es doch wohl nicht sein, dass Sie sich dieses Problems und der Verantwortung dafür einfach durch einen Brief an die Städte und Gemeinden entledigen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe den Landrat von Fürstfeldbruck Thomas Karmasin in der Enquete-Kommission etwas näher kennengelernt und freue mich darauf, da die Enquete-Kommission noch etwas andauern wird, ihn noch näher kennenzulernen. Selbst Thomas Karmasin, der ganz sicher nicht im Verdacht steht, CSU- oder staatsregierungsfern zu sein, hat im Namen der oberbayerischen Landkreise kurz und bündig erklärt: Wir sind für Fragen des Wohnungsbaus gar nicht zuständig. – Die Landkreise könnten dieses Problem vor Ort gar nicht lösen, weil sie kaum über Handlungsmöglichkeiten verfügen. Es geht ja wohl gar nicht, dass sich der Staat hier aus der Verantwortung stiehlt.

Frau Ministerin Müller, Sie sagen in einem Artikel in "Focus Online" vom 29.04.2017:

Unsere gemeinsame Grundlinie muss sein: Anerkannte Flüchtlinge sind Gemeindeglieder, leben vor Ort in der Gemeinschaft, wurden dort integriert und brauchen dort Wohnraum.

Also sind auch die Gemeinden und Städte dafür zuständig. Nochmal: Das kann es wohl nicht sein. Sie entziehen sich völlig Ihrer Verantwortung. Ich frage mich dann, wozu überhaupt Ministerien und eine Staatsregierung nötig sind, wenn die Gemeinden

und Städte bei so wichtigen Aufgaben am Schluss doch wieder alleingelassen werden und alleine für die Lösungen zuständig sein sollen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, die SPD ist sich mit vielen, fast allen bayerischen Bürgermeistern und Landräten einig, dass es angesichts des faktischen Mangels an bezahlbarem Wohnraum zu keiner Konkurrenzsituation zwischen denjenigen, die hier sind und schon lange nach bezahlbarem Wohnraum suchen, und den Neuankömmlingen, den anerkannten Asylbewerbern, kommen darf. Ich denke, darüber sind wir uns gerade mit den Bürgermeistern und Landräten einig. Ich wage beinahe zu behaupten, dass diese Einigkeit parteiübergreifend ist.

Kolleginnen und Kollegen und Frau Ministerin, gezielt an Sie: Es kann nicht sein, dass Sie in Ihren Briefen, Anordnungen und Anweisungen die anerkannten Asylbewerber dazu auffordern, die Gemeinschaftsunterkünfte zu verlassen und sich zeitnah eine Wohnung zu suchen. Es kann doch nicht sein, dass diese Menschen in die Obdachlosigkeit entlassen werden. Ich glaube und hoffe, dass wir uns auch darüber in diesem Haus schnell einig sind. Das kann nicht das Ziel einer sozialpolitischen Vorstellung des Landes Bayern sein.

Es gibt drei Dringlichkeitsanträge, die im Prinzip in die gleiche Richtung gehen. Dennoch legt unser Dringlichkeitsantrag den Fokus darauf, dass Sie im Ministerium sich nicht der Verantwortung entziehen, sondern stattdessen gemeinsam mit den betroffenen Städten und Gemeinden nach Lösungen suchen. Es gibt eine ganze Reihe von Lösungsmöglichkeiten; in dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN werden einige skizziert. Dass das die einzigen oder die allein seligmachenden Lösungen sind, wollen wir gar nicht behaupten. Das müsste man sich im Detail ansehen. Jetzt geht es darum, sich zusammzusetzen und für dieses Thema gemeinsam nach tragfähigen Lösungen zu suchen. Anschließend geht es darum, die Unterstützung des Freistaats Bayern auf diesem Weg zuzusichern und auch tatsächlich zu gewährleisten. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Ministerin Müller, es gibt ein paar extrem ärgerliche Dinge. In den Jahren 2013/2014, als die Zugangszahlen noch weit unter denen der Jahre 2015/16 lagen, haben Sie das Projekt "Fit for Move" als Modellprojekt aufgelegt. Sie haben es 2015/2016 ausgeweitet, unter anderem auf die Stadt Nürnberg. Ich habe dieses Projekt, weil die AWO Träger war, mitbegleitet. Dieses Projekt konnte natürlich nicht alle Probleme lösen, aber es war doch ein Hilfsmittel. Ich kann überhaupt nicht verstehen: Ich hatte eine Anfrage an Sie gestellt. In einem Brief vom November 2016 haben Sie dieses Projekt gelobt, aber zwei Wochen später teilten Sie mit, was schon längst beschlossen war: dass das Projekt Ende 2016 auslaufen werde. Das sind die Ungereimtheiten in Ihrem Ministerium.

Ich möchte einmal kurz über den Inhalt dieses Projektes "Fit for Move" sprechen. Es hat zunächst einmal eine Institution geschaffen und finanziert, die sich um den Umzug von Fehlbelegern in Flüchtlingsheimen in Wohnungen kümmerte, die auf dem öffentlichen Wohnungsmarkt angemietet wurden. Zu diesem Zweck gab es über spezielle Träger Verbindungsleute vor Ort. Dieses Projekt haben Sie 2016 ohne Nachfolgemodell auslaufen lassen. Sie lassen die Kommunen auch hier im Stich. Das ist mein Fazit: Sie stehlen sich aus der Verantwortung. Der SPD-Antrag appelliert nicht nur an Sie, sondern er fordert Sie dazu auf, Ihre Verantwortung wahrzunehmen und gemeinsam mit den Städten und Gemeinden nach Lösungen zu suchen.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Sehr gut!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Kamm von den GRÜNEN das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In allen kreisfreien Städten und in allen Landkreisen Bayerns gibt es Flüchtlinge, denen der Schutzstatus zugesprochen worden ist, aber denen es bislang

nicht gelungen ist, eine eigene Wohnung zu finden, um aus der Gemeinschaftsunterkunft endlich ausziehen zu können. Nichts lieber täten sie als dieses.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine, das Wort "Fehlbeleger" ist ein höchst unpassendes Wort für diese Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Normalerweise ist ein "Fehlbeleger" jemand, der gut verdient, aber dennoch eine preisgünstige Sozialwohnung in Anspruch nimmt. Aber hier handelt es sich um Menschen, denen bisher durch unzureichende Rahmenbedingungen nicht die Möglichkeit gegeben worden ist, sich aus einer Situation, aus der sie sich gern befreien wollen, auch zu befreien.

Manche von ihnen hatten bislang schlicht und einfach keine Chance, einen Sprachkurs, einen Integrationskurs oder Berufsqualifikationsmaßnahmen zu besuchen. Da fällt natürlich die Arbeitssuche und die Wohnungssuche doppelt schwer. Andere scheiterten an dem total angespannten Wohnungsmarkt in verschiedenen Gebieten.

Das ist doppelt fatal, sowohl für die Flüchtlinge als auch für uns; denn ohne einen einfachen, aber eigenen Wohnraum gelingt die Integration in Arbeit und Beruf zumeist nicht, bleiben die Integrationschancen ungenutzt. Ohne ausreichende Wohnraumversorgung schaffen wir soziale Probleme, die später nur schwer oder gar nicht mehr zu korrigieren sind bzw. ausgeglichen werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellen Sie sich doch bitte mal folgende Situation vor: Eine Familie mit zwei Schulkindern lebt in einer Gemeinschaftsunterkunft. Die Kinder müssen ihre Hausaufgaben vielleicht im Pfarrheim nebenan machen. Ein normales Lernen, ein normales Arbeiten und ein normales Leben, bei dem vielleicht das Kind einen Mitschüler aus seiner Klasse mal nach Hause einladen kann, sind nicht möglich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist an der Zeit, gemeinsam zu handeln und dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen stimmen und Integration gelingen kann. Frau Ministerin, die Wohnraumversorgungsprobleme anerkannter Flüchtlinge können nicht mit einem Appell an die kommunalen Spitzenverbände gelöst werden. Die Spitzenverbände können keinen Wohnraum schaffen, und die Kommunen brauchen mehr Unterstützung, als sie derzeit bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Beispiel: Ich war im Ankunftszentrum Bamberg. Dort kommen die Flüchtlinge mittlerweile direkt von der Grenze hin. Sie haben bisher keinen Ehrenamtlichen gesehen, keinen Integrationskurs und keinen Sprachkurs besucht, aber gleichwohl einen Schutzstatus zugesprochen bekommen. Ich habe gefragt, was mit diesen Flüchtlingen weiter passiert. Die Antwort der Regierung von Oberfranken war: Die können jetzt ausziehen und sich eine Wohnung suchen.

Jetzt stellen Sie sich das bitte einmal vor. Hier werden die Flüchtlinge und auch die Kommunen alleingelassen. Eine Stadt wie Bamberg, die eine so große Ankunftseinrichtung hat, ist nicht in der Lage, für all diese Menschen Wohnungen zu suchen.

Herr Hanisch hat schon ausreichend dargelegt, wie unterschiedlich die Kommunen – je nachdem, ob sie sich bereit erklärt haben, bei der Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften mitzuwirken oder nicht – von dieser Aufgabe betroffen sind. Wir haben hier eine Gemeinschaftsaufgabe und keine Aufgabe der Kommunen, die sich damals bereit erklärt hatten, hier Gemeinschaftsunterkünfte zu schaffen.

Ein "Weiter so!", Frau Ministerin, mindert die Chancen auf Integration und schafft zudem Sprengstoff für unseren sozialen Frieden. Wir sagen: gemeinsam – Stadt, Land und die Ehrenamtlichen, die nach wie vor dabei sind. Ich habe kürzlich eine Ehrenamtliche kennenlernen dürfen, die auf dem angespannten Wohnungsmarkt im Landkreis Fürstentum doch glatt 36 Wohnungen für Flüchtlinge gefunden hat. Respekt, was dort geleistet wird!

Auch die Programme, die den Baubereich betreffen – – Es ist dringend erforderlich, dass die Landesmittel für Wohnraumförderung deutlich erhöht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen verhindern, dass verschiedene Flüchtlingsgruppen und Einheimische, die auch auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind, gegeneinander ausgespielt werden. Das muss verhindert werden. Wir brauchen dringend eine deutliche Aufstockung der Mittel für die soziale Wohnraumförderung. Der Bund hat die Mittel erhöht, Bayern hat sie abgesenkt.

Wir haben jetzt die Situation, dass in den letzten 30 Jahren in Bayern noch nie so wenig Mittel für soziale Wohnraumförderung ausgegeben worden sind wie jetzt, obwohl es derzeit dringend notwendig wäre.

Wir brauchen mehr Fantasie reich tum und mehr Möglichkeiten zur Umnutzung des leerstehenden Gebäudebestands. Staatliche Liegenschaften müssen zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums zur Verfügung gestellt werden. Wir haben zum Beispiel Grundstücke, eine Straßenmeisterei, die als GU genutzt werden sollte, aber nicht genutzt wurde. Aus irgendwelchen Gründen kann diese Straßenmeisterei für ein Wohnungsprogramm jetzt nicht zur Verfügung gestellt werden. Das verstehe ich nicht.

Wir brauchen kommunale Aktivitäten zur Lösung der Wohnraumprobleme, mehr Migrationsberatung, mehr Unterstützung von Wohnungslotsen und Wohnbüros, die auch Mieter und Vermieter beraten können. Wir brauchen die Unterstützung der Wohnungsbörsen in den Kommunen und der Integrationslotsen.

Ich bin überzeugt: Gemeinsam schaffen wir es. Es muss nur jeder wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Schreyer von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gern mit dem anfangen, was wir, glaube ich, alle sehen. Der eine Punkt ist der, dass Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, und der zweite Punkt ist, dass wir Wohnen als zentrales Element für Integration sehen. Wir wissen auch, dass alle politischen Ebenen sehr viel leisten müssen, damit die Integration gelingen kann. Wohnraum ist ein Bestandteil davon.

Wichtig erscheint mir, darauf hinzuweisen, dass die Ministerin mehrere Gespräche – bei einem durfte ich vor Kurzem dabei sein – mit den kommunalen Spitzenverbänden und anderen Vertretern, die an diesen Themen dran sind – auch Bauwerbern –, geführt hat. In der Runde hat sie sehr klar formuliert hat, dass wir an der Stelle weiterkommen müssen. Sie hat viele Möglichkeiten aufgezeigt, bei denen man noch ein Stück besser werden kann.

Klar ist aber auch – das haben die Kollegen sehr schön formuliert –, dass, wenn viele Menschen zu uns kommen, wir das Problem haben, dass wir viel Wohnraum brauchen. Das ist aber der Logik geschuldet. Das würde eine Begrenzungsdebatte direkt anschließen, auf die ich jetzt aber aus Zeitgründen verzichten möchte. Ich will nur sagen, dass das die zweite Seite der Medaille ist.

Im Jahr 2016 gab es circa 10.000 Fehlbeleger. Frau Kamm hat recht, dieses Wort ist unglücklich, aber mir fällt auf die Schnelle auch kein besseres Wort ein, deshalb werde ich es jetzt weiter verwenden. Jetzt sind es 33.000 Fehlbeleger. Daraus kann man natürlich die Steigerung definieren. Man kann aber auch sehen, dass Frau Staatsministerin offensichtlich nicht nach draußen weiter verteilt und gesagt hat, dass Fehlbeleger rausgehen müssen, sondern sie hat sehr wohl die Not der Kommunen gesehen und gesagt: Deswegen lasse ich sie ein Stück weit drinnen, damit Freistaat und Kommunen die Möglichkeit haben, diese Wohnraumfrage Hand in Hand anzugehen. Ich bitte auch zu registrieren, dass die Ministerin hierbei einen sehr großen Schritt gegangen ist.

(Beifall bei der CSU)

Die Wahrheit ist aber auch, dass man dann, wenn am Hauptbahnhof wieder 10.000 Flüchtlinge stehen werden, irgendwann auf das Problem stoßen wird, die Flüchtlinge nicht unterbringen zu können. Dann werden sie darauf reagieren müssen. Daher hat natürlich die Frage, wie viele Menschen wann zu uns kommen, damit direkt zu tun.

Gott sei Dank gibt es sehr, sehr viele Kommunen, die sich hier, zum Beispiel durch Integrationsleistungen, hervorragend einbringen. Nach meiner Kenntnis haben aber 400 Kommunen keinen einzigen Flüchtling aufgenommen. Daher müssen wir miteinander überlegen, wie wir diese Kommunen stärker motivieren können; denn es kann nicht sein, dass sich ein Teil der Kommunen über Jahre der Verantwortung stellt, aber ein Teil abtaucht. Ich weiß nicht, wie man den Druck erhöhen kann. Wir müssen miteinander Lösungen finden, um diese Menschen angemessen unterzubringen.

Es ist natürlich auch wichtig, die Leerstände anzuschauen und zu überlegen, wie hier eine stärkere Motivation und Leistung erreicht werden können. Darauf hat die Ministerin in der von mir eben beschriebenen Runde bereits deutlich hingewiesen.

Ich komme gerade aus einem Gespräch mit Frau Kollegin Trautner, die mir ein Projekt nahegebracht hat. Dabei ging es auch um die Frage, wie die Flüchtlinge befähigt werden können, sich bei der Wohnungssuche selbst vorzustellen und am Ende des Tages den Vermieter zu überzeugen; denn nicht jeder Vermieter ist sofort davon überzeugt, die Wohnung an einen Flüchtling zu vermieten. Solche Projekte müssen wir fördern. Wir müssen die Menschen befähigen, Wohnungen zu bekommen. Überall ist dies zwar nicht möglich, etwa im Großraum München, wo der nötige Wohnraum nicht vorhanden ist. Aber die Situation ist nicht in ganz Bayern so. Deswegen müssen wir überlegen, wo wir stärker unterstützen können, damit es besser funktioniert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zum einen errichtet der Freistaat Bayern im Rahmen des Wohnungspaktes Bayern selber Wohnungen. Zum anderen gibt es zur Unterstützung das kommunale Förderprogramm und ein staatliches Wohnungsprogramm. Es ist also nicht so, dass nichts getan wird.

Wir haben eine klare Verteilungsquote. Wir werden auch darüber reden müssen, ob wir es auf Dauer hinnehmen können, dass einerseits in bestimmten Bereichen Leerstand herrscht und andererseits in anderen Gebieten überhaupt keine Chance besteht, den Menschen Wohnraum zu geben. Deshalb werden wir über die Verteilungsfrage diskutieren müssen.

Es geht nicht um eine komplette Kehrtwende, sondern darum, noch behutsamer hinzusehen, weil, wie alle Kolleginnen und Kollegen zu Recht gesagt haben, neben der Arbeit eine Wohnung und Integrationsmaßnahmen eine Rolle spielen. Deswegen müssen wir für die bei uns bleibenden Menschen eine Perspektive entwickeln. Beispielsweise konnten im Rahmen eines Dorfprojektes in der Gemeinde-Allianz Hofheimer Land 209 leerstehende Gebäude renoviert werden, sodass eine entsprechende Anzahl von Menschen einziehen konnte. Wir müssen es schaffen, dass die Kommunen mit Unterstützung des Freistaats hier ein ganzes Stück vorankommen.

Klar ist aber auch: Sowohl der Freistaat als auch die Kommunen haben sehr viel getan. Wir haben die Kommunen nicht im Stich gelassen, sondern ihnen geholfen, wo wir konnten. Jetzt geht es darum, gemeinsam weitere Verbesserungen zu überlegen. Ich möchte an der Stelle aber auch deutlich sagen: In den Runden, in denen ich bisher in meiner neuen Rolle dabei sein durfte, passiert richtig viel.

Man kann nicht behaupten, die Anträge enthielten komplett neue Ideen. Die drei Anträge beschreiben natürlich den Inhalt, kommen aber aus meiner Sicht zu falschen Schlussfolgerungen. Deswegen werden wir alle drei Anträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Bevor ich der Frau Staatsministerin das Wort erteile, darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass die CSU-Fraktion für den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/16776 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Jetzt hat Frau Staatsministerin Müller das Wort. Bitte schön.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in Bayern in den letzten Jahren den immensen Zugang von Flüchtlingen und Asylsuchenden gut gemeistert. Auch Herr Kollege Hanisch hat das vorhin erwähnt. Wir haben die vielen Menschen aufgenommen und schnell untergebracht. Das waren das höchste Gebot der Humanität und ein gemeinsamer Kraftakt von allen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Von den Kommunen!)

Dieser Kraftakt war notwendig, sowohl von den Kommunen als auch von den Ehrenamtlichen und natürlich von allen Hilfsorganisationen und dem Freistaat Bayern. Wir sind mit den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden auch in dieser Zeit permanent im Gespräch. Wir hatten einen Lenkungs- und einen Krisenstab, und wir haben jetzt eine Integrationsrunde. Ende März hatten wir in Bayern noch immer 125.000 Menschen in festen Unterkünften untergebracht. Das ist eine gewaltige Leistung.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt geht es darum, die vielen Menschen, die bei uns bleiben werden, zu integrieren und ihnen eine Art neue Heimat zu geben. Das ist eine mindestens so große Aufgabe wie die anfängliche Unterbringung der Asylbewerber. Auch diese Herausforderung wollen und werden wir gemeinsam schultern; denn wir wollen, dass Bayern das Land der gelingenden Integration bleibt.

Herr Kollege Hanisch, ich möchte hinzufügen: Die Zuständigkeit für Asylbewerber ist unter anderem im Aufnahmegesetz klar definiert: Sie liegt bei den Kommunen. Dies will ich nochmals in aller Deutlichkeit erwähnen – um auch über derartige Dinge zu sprechen.

Was gehört zur Integration? – Zur Integration gehört es, Deutsch zu lernen und eine Ausbildung und Arbeit zu finden. Dazu gehört aber auch das Thema Wohnen. Die staatlichen Asylunterkünfte sind für die ankommenden Asylbewerber und Flüchtlinge gedacht. Sobald Asylbewerber anerkannt sind, sollen sie dort ausziehen und sich selbstbestimmt eine ganz normale Wohnung suchen. Das gelingt Gott sei Dank in den meisten Fällen. Ich will klar zum Ausdruck bringen: Zwei Drittel – zwei Drittel! – der Anerkannten in Bayern hat in den letzten drei Jahren eine eigene Wohnung gefunden. Das ist auch ein Verdienst der vielen Ehrenamtlichen und Helferkreise, die die Anerkannten bei der Wohnungssuche unterstützen. Frau Kamm hat dies vorhin erwähnt. Es ist auch der Verdienst von Kommunen, die zum Beispiel mit Wohnungsbörsen beim Finden verfügbarer Wohnungen helfen. Hierfür gibt es eine Reihe von Best-practice-Beispielen. Ich darf Ihnen auch sagen, dass es im Landkreis Passau fast keine Fehlbeleger gibt, weil die Wohnungsbörse gemeinsam mit den Ehrenamtlichen darauf bedacht ist, die anerkannten Menschen in Wohnungen unterzubringen und aus den Asylbewerberunterkünften herauszuholen. Trotzdem leben derzeit 33.000 Anerkannte, also sogenannte Fehlbeleger, in den staatlichen Unterkünften. Ich befürchte, dass, wie vorhin bereits erwähnt wurde, bis zum Jahresende auch wegen des Familiennachzugs etwa 70.000 anerkannte Menschen in den Unterkünften leben werden.

Wie Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, darauf kommen, dass sich hier der Freistaat seiner Verantwortung entziehe, weiß ich nicht, da das Gegenteil der Fall ist: Der Freistaat Bayern entlastet die Kommunen durch das vorläufige Wohnen-lassen in den staatlichen Unterkünften erheblich.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

– Herr Pfaffmann, lassen Sie mich doch ausreden. Ich unterbreche Sie sonst auch nicht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der Freistaat steht an der Seite der Kommunen zu seiner Verantwortung. Das werden wir auch künftig tun.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wollen Sie sie rausschmeißen? Wollen Sie sie auf die Straße setzen? – Gegenruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Das Schaffen von Wohnraum für Anerkannte ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Wir müssen gemeinsam – Freistaat und Kommunen – Lösungen finden; denn Anerkannte sind unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Es ist überhaupt nicht im Sinn einer gelingenden Integration, wenn die Anerkannten längerfristig in den staatlichen Unterkünften verbleiben. Eines ist auch klar: Wir werden anerkannte Asylbewerber nicht einfach auf die Straße setzen. Wir wollen im Interesse der anerkannten Menschen und der Kommunen keine Obdachlosen.

Daher brauchen wir dringend Wohnraum. Das ist überhaupt keine Frage. Der Freistaat setzt mit dem Wohnungspakt Bayern bereits jetzt erhebliche Mittel ein, um die Schaffung von Wohnraum voranzubringen. Der Freistaat baut selbst Wohnungen und fördert den kommunalen Wohnungsbau. Der Freistaat stellt alleine für Säule 1 120 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Der Freistaat unterstützt mit der staatlichen Wohnbauförderung auch private Bauherren. Darüber hinaus hat der Ministerpräsident erreicht, dass der Bund die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylbewerber zu 100 % übernimmt und die Kommunen damit entlastet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Zusammenwirken aller ist notwendig, damit Integration in Bayern auch in Zukunft gelingen kann. Hier kann und darf sich keiner aus der Verantwortung stehlen. Ich möchte noch darauf eingehen, was der Kollege Harnisch gesagt hat: Ich finde, es gehört zur Solidarität und zur Fairness unter den Kom-

munen, dass sich alle Kommunen beteiligen. Es ist unverständlich, dass sich rund ein Fünftel der Kommunen zurückhält, wenn es darum geht, Asylbewerber oder Anerkannte aufzunehmen. Ich wünsche mir mehr Solidarität untereinander.

Wir sind mit den Kommunen schon längst im Gespräch, um Lösungen zu erarbeiten. Anerkannte sollen eine Wohnung finden, und keine Kommune soll überfordert werden. Wir werden diesen Dialog fortsetzen. Der Brief, den ich an die Kommunen geschrieben habe, ging aus der Bitte der Kommunen hervor, alles zusammenzufassen, was wir gemeinsam im Dialog erarbeitet haben.

In unseren Unterkünften sind Fehlbeleger nichts Neues. Seit 2014 werden anerkannte Flüchtlinge in den Unterkünften belassen, auch in Abstimmung mit den Kommunen. Damit haben die Kommunen mehr Zeit, sich auf die Situation einzustellen. Wir werden auch weiterhin mit den Kommunen an einem Strang ziehen. Damit sollen die vielen Best-Practice-Beispiele stärker in die Fläche gebracht werden. Gerade diese Best-Practice-Beispiele zeigen, dass in Bayern die Vermittlung in den privaten Wohnraum gelingt. Diesen Weg wollen wir gemeinsam fortsetzen. An dieser Stelle möchte ich an alle Kommunen appellieren, hier mitzuhelfen und untereinander solidarisch zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, derzeit ist das Wohnen von Anerkannten ein zentrales Thema. Der Freistaat übernimmt hier Verantwortung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der Freistaat übernimmt auch erhebliche Kosten. Die Anträge der Oppositionsfraktionen unterstellen, dass wir das nicht tun würden. Daher sind diese abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Staatsministerin, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Zunächst hat sich die Frau Kollegin Kamm für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Anschließend hat sich der Kollege Pfaffmann gemeldet. Jetzt ist die Frau Kollegin Kamm an der Reihe. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben gesagt, für eine Lösung bedarf es des Zusammenwirkens aller. Glauben Sie, dass der Freistaat mehr tun könnte? Reicht es aus, Menschen lediglich in den Gemeinschaftsunterkünften zu belassen? Müsste der Freistaat denn nicht mehr tun?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Es ist doch ganz klar, dass wir nicht wollen, dass anerkannte Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften bleiben. Das ist überhaupt keine Frage. Wir wollen, dass sie flächenmäßig auf die einzelnen Kommunen verteilt werden, damit sie dort auch integriert werden. Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen: Es ist nicht mein Anliegen, dass manche Kommunen überproportional belastet werden und andere zu wenig. Wir haben zusammen mit den Kommunen, die viele Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge aufgenommen haben, eine Quote für die Wohnsitzzuweisung erstellt. Bisher konnten durch die Wohnsitzzuweisung bereits 6.700 Menschen verteilt werden. Ich bin der Auffassung, dass die Verteilung gerecht sein muss. Dies betrifft zum Beispiel Kindergartenplätze, Plätze in der Schule und, und, und.

In Bayern kann man an jedem Ort sehr gut wohnen. Bayern ist mittelständisch geprägt, und es herrscht eine gute Arbeitsmarktsituation. Jeder kann vor Ort einen Arbeitsplatz oder einen Ausbildungsplatz finden. Es geht mir auch darum, dass wir die Menschen nicht unbedingt in den großen Städten behalten, sondern in die Fläche verteilen. Dieser Ansatz ist aus meiner Sicht richtig.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Jetzt hat der Kollege Pfaffmann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Staatsministerin, selbstverständlich unterstützen wir, die SPD, ein gemeinsames Vorgehen aller Ebenen, um mehr Wohnraum für diejenigen zu schaffen, die ihn brauchen, wie Alleinerziehende, Obdachlose oder aner-

kannte Flüchtlinge. Hier stehen wir sicherlich an Ihrer Seite. Wir würden uns zwar mehr Beteiligung durch den Freistaat Bayern und die Staatsregierung wünschen, aber das ist ein anderes Thema. Das haben wir bereits deutlich gemacht, sei's drum!

Ich möchte Sie mit der Doppelzüngigkeit der Aussage einiger CSU-Abgeordneter konfrontieren. Die Landeshauptstadt München versucht mit aller Kraft, Wohnungen zu bauen und neue Baugebiete zu erschließen, obwohl die Flächen sehr knapp sind. Das wissen Sie auch. Im Münchner Osten gibt es großflächige Baugebiete, auf denen Sozialwohnungen entstehen sollen. Dort soll viel gebaut werden. Dort sollen effektiv Wohnungen und nicht nur kleine Häuschen entstehen.

Nun lehnen Mitglieder Ihrer CSU-Fraktion in München eine Bebauung dieser Flächen mit Sozialwohnungen schlichtweg ab. Diese Mitglieder argumentieren, dass sie keine Plattenbauten im Münchner Osten wollen. Auch soll die Anzahl der zu errichtenden Wohnungen begrenzt werden. Auf den Flächen, auf denen wunderbar neue Wohnungen entstehen könnten, sollen Häuschen mit Gartenstadtcharakter entstehen, und das mitten in der Stadt. Sie behaupten, dass alle gemeinsam dafür sorgen, dass ausreichend Wohnungen entstehen. Aber Kolleginnen und Kollegen Ihrer CSU-Fraktion gehen in die Stimmkreise und behaupten genau das Gegenteil. Sie machen aber noch mehr; denn sie verweigern sich einem effektiven, sozialen Wohnungsbau und wollen stattdessen einen Gartenstadtcharakter. Ich finde den Gartenstadtcharakter natürlich auch toll. Aber in einer Stadt wie München große Flächen nicht für den sozialen Wohnungsbau zu verwenden, sondern vonseiten der CSU kleine Einfamilienhäuser zu verlangen, widerspricht diametral dem, was Sie hier sagen. Ich möchte damit den Unterschied zwischen der Wirklichkeit und dem Anspruch der Plenarreden deutlich machen. Wir unterstützen Sie in Ihrem Bemühen. Aber Sie sollten sich auch in Ihrer eigenen Fraktion für dieses Ziel starkmachen.

(Joachim Unterländer (CSU): Wollen Sie alles zulassen?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Pfaffmann. – Frau Staatsministerin Müller, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Pfaffmann, ich bedanke mich für das Plädoyer, das Sie gehalten haben. Der Wohnungspakt dient dazu, Wohnraum sowohl für sozial schwächer gestellte Menschen in den Städten und Regionen als auch für anerkannte Flüchtlinge zu schaffen. Ich möchte das, was in der Stadt München passiert, jetzt nicht bewerten. Das muss in der Stadt München ausdiskutiert werden. Ich möchte aber festhalten: Die Stadt München hat weniger Fehlbeleger als manch andere Großstadt. Das ist ein Verdienst der guten Zusammenarbeit, die wir diesbezüglich mit der Stadt München pflegen. Das möchte ich hier in aller Ehrlichkeit und Deutlichkeit sagen. Ich würde mir wünschen, dass in der nächsten Zeit alle an einem Strang ziehen, damit wir unsere Lösung – –

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Auch Ihre eigenen Fraktionsmitglieder? – Joachim Unterländer (CSU): Da geht es um Wohnungen, die in 30 Jahren fertig werden!)

Jetzt möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Das machen Sie im Stadtrat aus. Ich komme dann gerne dazu und höre Ihnen zu.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Moment, Frau Staatsministerin, der Kollege Hanisch hat sich noch für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Können wir uns wieder beruhigen? – Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich habe zwei Fragen: Erstens. Sie haben vorhin gesagt, dass etwa 20 % der Kommunen keine Asylbewerber aufgenommen haben. Außerdem haben Sie vorhin von der kommunalen Familie gesprochen. Die Verteilung hat nicht die kommunale Familie vorgenommen. Die Verteilung ist über den Freistaat Bayern, die Regierungen und die Landratsämter vorgenommen worden. Es geht jetzt darum, eine Lösung zu finden, die der Situation gerecht wird. Hier gäbe es unter Umständen die eine oder andere Möglich-

keit, aber man sollte wissen, was Sache ist, und dann versuchen, das auszugleichen und fertig zu gestalten.

Zweitens. Sie haben die Programme genannt, mit denen in Bayern derzeit Wohnraum gefördert wird. Schauen Sie sich die Mittel an, die hier zur Verfügung gestellt sind, und rechnen Sie aus, wie viele Wohnungen gebaut werden können. Wenn Sie dem die 70.000 Leute gegenüberstellen, dann kann da einfach nichts Vernünftiges passieren. Wir brauchen also zusätzliche Programme, mehr Geld und insbesondere ein Programm, mit dem wir die Leerstände finden und die Wohnungen, die in einem schlechten Zustand sind, aber renovierungsfähig wären, fördern. Da reichen die im Haushalt des Freistaats Bayern vorgesehenen Mittel nicht aus. Ich glaube, das wäre ein Programm, das auch dem Bund in Verbindung mit den Ländern ganz gut anstünde. Da muss etwas getan werden. Die von Ihnen genannten Programme reichen nicht aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Hanisch. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Ich beantworte die Frage von Herrn Hanisch sehr gerne. Er war früher mein Bürgermeister, und wir wohnen im selben Ort. Deswegen wissen wir auch, was wir voneinander denken und halten dürfen. Ich möchte trotzdem Folgendes sagen: Wie ist denn die Verteilung zustande gekommen? –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Verteilung kam folgendermaßen zustande: Die Regierungen hatten eine Quote. Innerhalb der Regierung gab es die Quote für die Landkreise. Die Landkreise haben innerhalb ihres Gebiets an die Kommunen weitergeleitet, und zwar ohne Zwang, in Freiwilligkeit. Das muss man ehrlicherweise auch sagen. Das war das eine. Das andere ist der Wohnungsbau. Wir haben für die Beseitigung von Leerständen und für die Wieder-

herstellung von Häusern, die oft in den ländlichen Räumen sind, Programme aufgelegt; Kollege Herrmann hat das getan. Das halte ich für ganz wichtig, weil ich, wenn ich durch manche Regierungsbezirke und manche kleinen Orte fahre, feststelle, dass es manchmal traurig aus den Häusern rausschaut, wenn die Vorhänge so dranhängen, als ob schon zehn Jahre lang niemand mehr dort drinnen gewohnt hätte. Auch dafür gibt es Lösungen.

Darum sage ich: In Bayern kann man in jedem Ort wohnen und dort auch einen Arbeitsplatz oder Ausbildungsplatz finden. Auch da müssen wir zusammenstehen. Wenn wir mit dem Wohnungspakt 28.000 Wohnungen bauen können und wollen, dann reicht das natürlich nicht für 70.000 Menschen aus. Umso wichtiger ist es, dass man im persönlichen Gespräch versucht, Wohnungen zu finden und Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Das tun derzeit alle Landkreise. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Da sind extra Leute abgestellt, damit man Wohnungen findet, und zwar in Kooperation mit den Ehrenamtlichen und den Helferkreisen. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Aber der Appell geht nach wie vor an alle: Wir können es alleine nicht schaffen, sondern das ist nur als Gemeinschaftsleistung möglich.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Ich beginne mit der Abstimmung zu den Anträgen, zu denen keine namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/16796 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/16797. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/16776. Dafür sind fünf Minuten vorgesehen. Die namentliche Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17.44 bis 17.49 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die namentliche Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt und Ihnen dann so schnell wie möglich bekannt gegeben.

Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, gebe ich Ihnen das Ergebnis der letzten namentlichen Abstimmung bekannt. Es geht dabei um die Zweite Lesung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Zacharias, Schindler und anderer und Fraktion (SPD) zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes; "Studierende in die Hochschulleitung", Drucksache 17/15338. Mit Ja haben 64 gestimmt, mit Nein haben 78 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es null. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich gebe jetzt das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung bekannt. Da ging es um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Klarheit schaffen, Freistaat muss in der Verantwortung bleiben! – Unterbringung anerkannter Flüchtlinge nicht einfach auf Kommunen abwälzen!" auf

Drucksache 17/16776. Mit Ja haben 66 gestimmt, mit Nein haben 73 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.05.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Klarheit schaffen, Freistaat muss in der Verantwortung bleiben! - Unterbringung anerkannter Flüchtlinge nicht einfach auf Kommunen abwälzen! (Drucksache 17/16776)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael			
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander			
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	66	73	0